



Stadtgemeinde 3150 Wilhelmsburg

Bezirk St. Pölten – NÖ - Postfach 55 - Telefon (02746) 2315-0 Fax: 2315 64

e-mail: stadtgemeinde@wilhelmsburg.gv.at

Zahl: 004-1/2014/Ko

Wilhelmsburg, 26.06.2014

Betrifft: 4. Gemeinderatssitzung des Jahres 2014.

Protokoll

über die Sitzung des Gemeinderates am Donnerstag, dem 26.06.2014, im Gasthaus Franzl (Extrazimmer), Bahnhofstraße 27.

Sitzungsbeginn: 18.30 Uhr

Ende: 20.25 Uhr

Anwesende:

Bürgermeister Rudolf Ameisbichler

Vizebürgermeister Willibald Wltschek

Stadträte:

Markus Berger, Christine Choholka, Norbert Damböck, Christian Brödl, Andreas Fertner

Gemeinderäte:

Johanna Berger-Wesselak, Bernhard Billensteiner, Thomas Fischer, Robert Gabath, Günther Hieß, Gerald Manhart, Herbert Müllner, Sylvia Müllner, Eva Prischl, Simone Polzer, Thomas Weissenböck, Johann Grassmann, Margarete Hirn, Markus Holzer, Mag. Wilhelm Schreiber, Michaela Waxenegger, Alfred Zauner, Christian Brenner, Helmut Weininger, Sabine Hippmann MAS, CMC

Entschuldigt: GR Hanspeter Scheiber, GR Herbert Ruprechter

Schriftführer: Stadtamtsdirektor Reinhard Kothe, akad. VM

Herr Bürgermeister Rudolf Ameisbichler begrüßt die Damen und Herren des Gemeinderates sowie den Referenten Herrn Christian Winkler und seine Mitarbeiterin Frau DI Karolina Panzenböck, Landschaftsplanung Mostviertel-Austria.

Referat/Bericht über den Projektstand
„Spielraumkonzept Wilhelmsburg“

Es folgt das Referat/Bericht über den Projektstand „Spielraumkonzept Wilhelmsburg“, vorgetragen von Herrn Christian Winkler.

Herr Bürgermeister Rudolf Ameisbichler dankt dem Referenten für dessen interessanten Vortrag und die professionellen Ideenansätze.

Herr STR Norbert Damböck schließt sich den Dankesworten an und verweist besonders auf die Kontaktaufnahme der Landschaftsplanung Mostviertel-Austria mit Anrainern, Schuldirektionen, Vereinen aber auch Privatpersonen und Nutzern der unterschiedlichen Sport- und Freiflächen.

Diese Kontakthaltung ist für die Projektentwicklung sehr bedeutend.

Tagesordnung:

Der Vorsitzende stellt fest, dass zur Sitzung ordnungsgemäß unter Anschluss der Tagesordnung eingeladen wurde.

Die Tagesordnung wird einstimmig genehmigt, zur Tagesordnung werden gemäß § 46 Abs. 3 NÖ GO 1973 vier Dringlichkeitsanträge eingebracht (Beilagen 1-4):

GR Christian Brenner

- Reduzierung der Subventionsmittel für Veranstaltungen

Die Abstimmung über die Aufnahme in die Tagesordnung bringt folgendes Ergebnis:

FPÖ und die Grünen stimmen für die Aufnahme, SPÖ und ÖVP einheitlich dagegen, die Aufnahme des Dringlichkeitsantrages in die Tagesordnung wird daher mehrheitlich abgelehnt.

Hinweis:

Die ursprünglich geplante Einbringung des Dringlichkeitsantrages „Nein zum transatlantischen Freihandelsabkommen (TTIP)“ wird von Herrn GR Christian Brenner nicht beantragt, da dieser Antrag gleichlautend mit dem Dringlichkeitsantrag der Partei Die Grünen ist.

STR Christian Brödl

- Sanierung Friedhofsmauer/Containerplatz/Gestaltung Hintereingang

Der Dringlichkeitsantrag wird einstimmig unter dem Tagesordnungspunkt 15 aufgenommen.

GR Sabine Hippmann MAS, CMC

- Stopp dem Einsatz von Umweltgiften in der Stadtgemeinde
- Resolution „Stopp dem transatlantischen Freihandelsabkommen (TTIP)“

Diese Dringlichkeitsanträge werden einstimmig unter den Tagesordnungspunkten 16 und 17 aufgenommen.

Der Tagesordnungspunkt 3 wird vom Vorsitzenden gemäß § 47 Abs. 3 NÖ GO 1973 in nicht-öffentliche Sitzung verwiesen.

Der Tagesordnungspunkt 11 wird vom Bürgermeister gemäß § 46 Abs. 2 NÖ GO 1973 abgesetzt.

Berichterstatter und Antragsteller Bürgermeister Rudolf Ameisbichler

1.) Ko;

Feststellung der Beschlussfähigkeit:

Herr Bürgermeister Rudolf Ameisbichler stellt die Beschlussfähigkeit gem. § 48 Abs. 1 NÖ GO 1973 fest. Der Gemeinderat zählt 29 Mitglieder, anwesend sind 27 bis TOP 15, 26 ab TOP 16, die Beschlussfähigkeit ist somit gegeben.

2.) Ko;

Entscheidung über Einwendungen gegen die Verhandlungsschrift (Sitzungsprotokoll) der letzten Sitzung vom 22.05.2014.

Auf die Verlesung des Protokolls der Gemeinderatssitzung wird einstimmig verzichtet, gegen den Inhalt des Sitzungsprotokolls wurden keine schriftlichen Einwendungen erhoben, dieses gilt somit gem. § 53 Abs. 5 NÖ GO 1973 als genehmigt.

Vor Eingang in die Tagesordnung verliest der Bürgermeister ein Dankschreiben des Vereines Wilhelmsburger Arbeiterheim/Volkshaus Wilhelmsburg für die gewährte Subvention.

4.) PZ.: 1049/14/Bau;

Liegenschaftsangelegenheiten - Antrag auf Grundstücksübertragung der Gemeindegrundfläche Nr. 625/2 KG Göblasbruck im Ausmaß von ca. 18 m².

Für das bezeichnete Gemeindegrundstück liegt ein schriftlicher Antrag der Fam. Franz und Waltrude Selinger, Wilhelmsburg, Freiligrathgasse 12, zur Grundstücksübertragung vor.

Der Antrag wird damit begründet, dass die Liegenschaft bereits seit dem Jahr 1965 von der Fam. Selinger genutzt wird und bereits „ersessen“ ist.

Dem Antrag auf Anerkennung der „Ersessung“ der Liegenschaft wird unter Hinweis auf die ausführlichen Beratungen im Ausschuss für Finanzen, Personalwesen, Liegenschaftsangelegenheiten und Stadtentwicklung sowie nach erfolgter Rücksprache mit Herrn Notar Mag. Ferdinand Krug, St. Pölten, einstimmig zugestimmt. Sämtliche Vertragserrichtungskosten sind von der Fam. Selinger zu tragen.

5.) PZ.: 1162/14/Ko;

Liegenschaftsangelegenheiten – Kaufinteresse an der gemeindeeigenen Liegenschaft EZ 566 KG Wilhelmsburg (ehemaliger „UNION-Sportplatz“) im Ausmaß von 18.500 m² durch die Fa. Pac Immobilien, 1130 Wien, Speisingerstraße 18/1/14.

Der Bürgermeister berichtet eingangs des Tagesordnungspunktes über erfolgreich geführte Verhandlungen zur Errichtung eines Geh- und Radweges von der Landesstraße Pömmern bis zum „UNION-Sportplatz“. Die Grundstückseigentümer der Liegenschaft, Johann und Maria Aigelsreither, Wilhelmsburg, Wegbach 1, räumen als Grundeigentümer der Stadtgemeinde Wilhelmsburg das Recht zur Benützung der Liegenschaft als Geh- und Radweg ein. Ein Vorvertrag soll dahingehend abgeschlossen werden, dass die in Anspruch genommenen Flächen nach Vermessung und Erstellung des Teilungsplanes an die Stadtgemeinde Wilhelmsburg zu einem vereinbarten Preis von € 10,00/m² verkauft werden. Hinsichtlich des Übereinkommens der Grundbenützung aber auch zum nachfolgenden Erwerb der Grundstücksteile liegt dem Gemeinderat bereits im Originalwortlaut ein Grundbenützungsübereinkommen und Vorvertrag, gefertigt von den Liegenschaftseigentümern Johann und Maria Aigelsreither, vor.

Diesem Vertragsübereinkommen wird seitens des Gemeinderates einstimmig die Zustimmung erteilt.

Im Hinblick auf das Zustandekommen des Vertrages spricht Herr Bürgermeister Rudolf Ameisbichler Herrn Stadtrat Andreas Fertner für seine Gesprächs- und Verhandlungsführungen besonderen Dank aus.

Im Anschluss an die erfolgreich geführten Grundverhandlungen können ab nun Planungen für infrastrukturelle Maßnahmen zur Erschließung des Betriebsgebietes in Auftrag gegeben werden und bei Vorliegen der genauen Kosten in weitere Verhandlungen mit dem Kaufinteressenten Pac Immobilien eingetreten werden.

Die Planungen umfassen folgende Leistungen:

- Genaue Kostenanalyse sämtlicher infrastruktureller Maßnahmen der inneren und äußeren Aufschließung
- Verkehrsanalyse mit Detailplanung einer Verkehrslösung zur Anbindung der Liegenschaft an die B20
- Kostenanalyse der Verkehrsmaßnahmen

Für diese Ingenieurleistungen liegt dem Gemeinderat ein Honorarangebot des Büros Zieritz+Partner ZT GmbH St. Pölten, Europaplatz 7, vom 24.06.2014 mit einer Gesamtsumme von € 10.200,00 vor. Diesem Angebot wird seitens des Gemeinderates einstimmig zugestimmt und die Planungsleistungen an das Büro Zieritz+Partner ZT vergeben.

6.) PZ.: 1828/14/Bau;

Verkaufsangebot für das Industriegrundstück IZ-Bürgerfeld 6, Parz. Nr. 611/11, im Ausmaß von 2.715 m² samt einer darauf errichteten Lagerhalle, einer Maschinenhalle, eines Sozialgebäudes und zwei großer Flugdächer (Eigentümer August Riegler, Zimmermeister, Wilhelmsburg, Hötzendorfstraße 3). Der Bürgermeister berichtet über das vorliegende Verkaufsangebot an die Stadtgemeinde Wilhelmsburg im Sinne der Einräumung eines Vorkaufsrechtes zu einem Verhandlungspreis von € 420.000,00.

Der Gemeinderat schließt sich einstimmig der Meinung des zuständigen Ausschusses und des Stadtrates an, dem Verkaufsangebot zwecks mangelnder Nutzungsmöglichkeit durch die Stadtgemeinde nicht näher zu treten.

7.) Bau;

Projekt „Betreutes Wohnen“ im Standort Hammergasse.

Der Bürgermeister berichtet dem Gemeinderat über die am 03.06.2014 stattgefundene Projektbesprechung mit den Verantwortlichen der Wohnungsgenossenschaft GEBÖS, Gemeinn. Baugenossenschaft österr. Siedler und Mieter, 2521 Trumau, Gebösstraße 1.

Zum Projekt liegen bereits Detailunterlagen und ausführliche Plandarstellungen vor. Im Rahmen der Projektbesprechung wurden seitens der Vertreter der Stadtgemeinde noch Ideen eingebracht, welche im Projekt umgesetzt werden, wie z.B. die behindertengerechte Ausführung einiger Wohneinheiten und die Verlegung der Situierung der Tiefgaragenabfahrt. Die Umsetzung des Projektes erfolgt entsprechend der Grundsatzbeschlussfassung über Baurecht, der Baurechtsvertrag liegt zum Zeitpunkt der heutigen Sitzung bereits im Originalwortlaut samt rechtlicher Prüfung durch Herrn Dr. Anton Hintermeier (schriftliche Stellungnahme vom 25.06.2014) vor. Diesem Baurechtsvertrag (Beilage 5) wird seitens des Gemeinderates einstimmig die Zustimmung erteilt.

Für das Projekt wurde bereits einvernehmlich zwischen der Stadtgemeinde Wilhelmsburg und dem Wohnbauträger GEBÖS nachfolgender Zeitplan für die Projektumsetzung ausgearbeitet:

- Beschlussfassung des Baurechtsvertrages in der Sitzung des Gemeinderates
- Projekteinreichung an den Gestaltungsbeirat
- Änderung des örtlichen Bebauungsplanes - Herbst 2014
- Projekteinreichung zur Förderung beim Amt der NÖ Landesregierung
- Entsprechend der Förderzuerkennung frühester Baubeginn Frühjahr 2015
- Bauzeit ca. 18 Monate
- Frühester Bezug des Wohnhauses für „Betreutes Wohnen“ Ende 2016

8.) Bau;

NÖ Tourismusgesetz – Öffnung eines Privatweges gem. § 14 NÖ Tourismusgesetz.

Herr Bürgermeister Rudolf Ameisbichler verweist eingangs dieses Tagesordnungspunktes auf die

Sitzung des Gemeinderates vom 22.05.2014, wonach bis zur endgültigen Klärung der Anwendbarkeit des Tourismusgesetzes sowohl die diesbezügliche Entscheidung des Gemeinderates als auch die Unterfertigung des vorliegenden Vereinbarungsentwurfes zwischen den Naturfreunden und der Stadtgemeinde Wilhelmsburg ausgesetzt wurden.

Nachdem zwischenzeitig im Rahmen einer Besprechung mit der Rechtsanwältin MMag. Dr. Susanne Binder–Novak nach Ansicht des Bürgermeisters sämtliche geäußerten Einwände der Anwendbarkeit des NÖ Tourismusgesetzes als auch der Einmischung der Stadtgemeinde in den privatrechtlichen Rechtsstreit der Fam. Schmalzl mit den Naturfreunden ausgeräumt werden konnten stellt der Bürgermeister den Antrag dem im Originalwortlaut vorliegenden Vertrag seitens des Gemeinderates die Zustimmung zu erteilen.

Wortmeldungen:

Herr STR Christian Brödl weist neuerlich darauf hin, dass sich die Stadtgemeinde Wilhelmsburg keinesfalls in die bestehenden Rechtsstreitigkeiten zwischen der Fam. Schmalzl und den Naturfreunden einmengen darf, was von Herrn Vizebürgermeister Willibald Wltschek als Klubsprecher der SPÖ auch deutlich verneint wird.

Herr STR Andreas Fertner richtet die Anfrage, ob durch den vorliegenden Vertragsentwurf die Stadtgemeinde Wilhelmsburg bei Öffnung des Privatweges auch tatsächlich von allen finanziellen Forderungen der Wegeinstandhaltung bzw. auch von allen Haftungen befreit ist, was Herr Bürgermeister Rudolf Ameisbichler eindeutig bejaht.

Die Kernaussage des Bürgermeisters zum Sachverhalt besteht in der Erhaltung der Stockerhütte als Ausflugsziel.

Es folgt die Abstimmung über den Antrag des Bürgermeisters um Zustimmung zum vorliegenden Vertragsentwurf:

Sämtliche Mandatare von SPÖ, FPÖ und Die Grünen sowie die ÖVP-Mandatare STR Andreas Fertner, GR Margarete Hirn, GR Markus Holzer, GR Mag. Wilhelm Schreiber und GR Alfred Zauner Stimmen für eine Vertragsunterfertigung, STR Christian Brödl, GR Johann Grassmann und GR Michaela Waxenegger stimmen gegen den Antrag.

Abstimmungsergebnis: 24:3

Der Antrag des Bürgermeisters gilt somit als mit Mehrheit beschlossen.

Es erfolgt anschließend die Antragstellung des Bürgermeisters, der Gemeinderat möge dem Antrag auf Öffnung des Privatweges gem. § 14 NÖ Tourismusgesetz zustimmen.

Alle Mandate von SPÖ und GR Sabine Hippmann MAS, CMC – Die Grünen stimmen für die Öffnung des Privatweges, die Mandatare von FPÖ sowie die ÖVP-Mandatare STR Christian Brödl, GR Johann Grassmann, GR Margarete Hirn, GR Mag. Wilhelm Schreiber, GR Michaela Waxenegger und GR Alfred Zauner stimmen gegen den Antrag, die ÖVP-Mandatare STR Andreas Fertner und GR Markus Holzer enthalten sich der Stimmabgabe.

Abstimmungsergebnis: 17 dafür, 8 dagegen, 2 Enthaltungen

Der Antrag des Bürgermeisters für die Öffnung des Privatweges gem. § 14 NÖ Tourismusgesetz gilt somit als mit Mehrheit beschlossen.

9.) Ko, Hö;

Freiwillige Feuerwehr Wilhelmsburg Stadt – der Bürgermeister berichtet dem Gemeinderat über stattgefundene Gespräche mit dem Kommando der örtlichen FF zum Ankauf eines Feuerwehreinsatzfahrzeuges/Transporter FUSO Canter Typ 6C18D 4W der Fa. Pappas Automobil AG zum Preis von € 88.000,00 inkl. USt. Für den Ankauf des Nutzfahrzeuges ersucht die Freiwillige Feuerwehr um eine finanzielle Unterstützung in Form von drei Jahresraten 2015-2017 in der Höhe von je € 10.000,00. Dieser finanziellen Unterstützung zum Fahrzeugankauf wird seitens des Gemeinderates einstimmig zugestimmt, die jährlichen zuerkannten Fördermittel sind in den Mittelfristigen Finanzplan aufzunehmen.

Berichterstatter und Antragsteller STR Andreas Fertner

Zu TOP 10 erklärt sich Herr STR Norbert Damböck befangen, verlässt den Sitzungssaal und nimmt somit an der Beratung und Beschlussfassung nicht teil.

10.) PZ.: 1868/14/Bau;

Errichtung von elektronischen Dauerwerbeflächen.

Herr STR Andreas Fertner berichtet über ein vorliegendes Ansuchen von Herrn Norbert Damböck als künftigen Ankündigungsunternehmer zur Errichtung von Dauerwerbeflächen im Bereich des Gemeindegebietes von Wilhelmsburg. Anlässlich der Behandlung des Ansuchens im Ausschuss für Bauwesen, Raumordnung, Wirtschaft, Landwirtschaft, Tourismus und Güterwege wurde die Grundidee einer flächendeckenden zeitgemäßen Werbung sehr positiv beurteilt. Der „Wildwuchs von Werbungen“ könnte durch diese Werbemaßnahme eingedämmt werden. Im Rahmen der geplanten Errichtung von Dauerwerbeflächen soll in zeitgemäßer und freundlicher Form (großflächige, vollfarbige Videowände, LED-Großdisplays) Gewerbetreibenden als auch Vereinen entsprechende Werbe- und Informationsmöglichkeit geboten werden bzw. auch für die Stadtgemeinde Wilhelmsburg die Möglichkeit bestehen, ihre Bürger gemeindespezifisch zu informieren. Für die künftige Zusammenarbeit zwischen Stadtgemeinde Wilhelmsburg und dem Werbeunternehmen liegt für die Errichtung der Dauerwerbeflächen bereits im Originalwortlaut ein Bestandsvertrag vor, dieser wurde auch von Herrn Mag. Anton Hintermeier (Stellungnahme vom 24.06.2014) geprüft und wird seitens des Gemeinderates einstimmig beschlossen.

11.) abgesetzt

Berichterstatter und Antragsteller STR Norbert Damböck

12.) Bau;

Ertüchtigung des Schießstattgerinnes – Kostenbeteiligung der Stadtgemeinde Wilhelmsburg.

Der Referent berichtet über die bisherigen Beschlussfassungen und Beratungen mit den ÖBB-Infrastruktur AG zum gegenständlichen Projekt.

In der Sitzung des Gemeinderates vom 13.03.2014 erfolgte die Beschlussfassung zur Unterfertigung eines Planungsübereinkommens und einer darin enthaltenen Kostenbeteiligung der Stadtgemeinde. Intensive Diskussionen wurden im Rahmen der Verhandlungen bzw. Beratungen in den Gremien über die Kostentragung der Bauausführung des Projektes mit einer Gesamtkostenschätzung von € 90.000,00 geführt. Ursprünglich wurde hierzu die Meinung vertreten, dass diese Baukosten ausschließlich von den ÖBB zu tragen sind bzw. die Stadtgemeinde Wilhelmsburg maximal einen geringen Kostenbeitrag leistet. Zwischenzeitig fand eine neuerliche Begehung bzw. Besprechung mit den ÖBB-Verantwortlichen statt, hierbei wurde eine aliquote Kostenbeteiligung seitens der ÖBB, Frau

DI Heinrich, verlangt. Der Referent verweist auf die unbedingte Notwendigkeit der Baumaßnahme und beantragt eine Kostenbeteiligung der Stadtgemeinde (geschätzt ca. € 30.000,00).

Sollte sich die Stadtgemeinde Wilhelmsburg an dem ÖBB-Projekt nicht beteiligen, so wäre bei ausschließlicher Umsetzung des Projektes durch die Stadtgemeinde mit wesentlich höheren Gesamtkosten zu rechnen.

Der Gemeinderat stimmt der Vorgehensweise sowie der Kostenbeteiligung einstimmig zu.

Der Baubeginn zur Ertüchtigung des Schießstattgerinnes ist für 2015 geplant, die diesbezüglichen genauen anteiligen Gemeindkosten sind in den VA 2015 aufzunehmen.

13.) Bau;

Hochwasserschutz Altenburg - Benützungsübereinkommen mit den ÖBB zum Anschluss des Hochwasserschutzdammes an den Bahndamm (durch Umprojektierung - mobiler Hochwasserschutz).

Die Einverständniserklärung betreffend ÖBB-Strecke 07, Leobersdorf – St. Pölten, km 58,850 links der Bahn, Errichtung Hochwasserschutz Altenburg, Bahngrundstück 360 KG Altenburg, Zahl: SAE-VERT-EV-001358-2-2015/DI Meyer, vom 04.06.2014 liegt bereits zum Zeitpunkt der Sitzung im Originalwortlaut vor und wird einstimmig befürwortet.

Berichterstatter und Antragsteller STR Markus Berger

14.) Pri;

Wasserversorgung – Herr STR Markus Berger beantragt den Ankauf eines Dienstfahrzeuges für die Monteure der WVV, Marke Citroen, Modell Jumpy, der Fa. Autohaus Bendl GmbH, 3161 St. Veit a.d. Gölsen, Hauptstraße 35, zum Preis von € 15.500,00 exkl. MWSt.

Die Dringlichkeit des Ankaufes begründet sich in der Tatsache eines Defektes des derzeit in Verwendung stehenden Einsatzfahrzeuges der Städtischen Wasserversorgung und einer Unwirtschaftlichkeit der Reparatur.

Der Gemeinderat stimmt dem Fahrzeugankauf einstimmig zu.

Die Finanzierung erfolgt über KFZ-Fahrzeug-Leasing, diesbezüglich wurden seitens der Gemeindeverwaltung drei Finanzierungsangebote der örtlichen Bankinstitute eingeholt, als Bestbieter ging die NÖ Raiffeisen-Leasing Gemeindeimmobilienservicegmbh., 1020 Wien, Hollandstraße 11-13, hervor. Der KFZ-Leasing-Vertrag liegt dem Gemeinderat im Originalwortlaut vor, die Laufzeit der Finanzierung beträgt 60 Monatsraten plus eine Rate Restwert, die Höhe der monatlichen Leasingrate beträgt € 270,36 netto, beginnend ab Juni 2014.

Der Gemeinderat erteilt dem Abschluss des Leasingvertrages die einhellige Zustimmung.

Berichterstatter und Antragsteller STR Christian Brödl

15.) Dringlichkeitsantrag;

Sanierung der Friedhofsmauer/Containerplatz/Gestaltung Hintereingang.

Herr STR Christian Brödl beantragt die Zustimmung des Gemeinderates zur Beauftragung des Bauunternehmens Gruber GmbH., 3151 St. Georgen, Ochsenburger Straße 4, zur Instandsetzung der südlichen und westlichen Friedhofseinfriedung auf einer Länge von ca. 125 lfm sowie zur Herstellung der Müllplatzeinfriedung beim nordöstlichen Nebeneingang lt. Angebote vom 26.06.2014 zu einem Gesamtpreis von € 30.467,57.

Diesem Antrag wird einstimmig die Zustimmung erteilt, mit dem Bauunternehmen wurde folgende Zahlungsvereinbarung durch Herrn STR Christian Brödl vereinbart:

50% der Auftragssumme 2014 - 50% 2015.

Herr STR Christian Brödl verlässt den Sitzungssaal und nimmt an der Beratung und Abstimmung ab TOP 16 nicht mehr teil.

Berichterstatter GR Hippmann Sabine MAS, CMC

16.) Dringlichkeitsantrag;

Frau GR Sabine Hippmann MAS, CMC beantrag einen sofortigen Stopp der Verwendung von Umweltgiften wie z.B. „Roundup“ im gesamten öffentlichen Bereich. Begründet wird der Antrag mit der Schädigung dieser Mittel für das gesamte Ökosystem, was auch von zahlreichen Studien belegt werde. Der Gemeinderat stimmt dem Stopp des Einsatzes von Umweltgiften einstimmig zu, Frau GR Sabine Hippmann MAS, CMC wird der Gemeindeverwaltung eine Auflistung alternativer Einsatzmittel übersenden.

17.) Dringlichkeitsantrag;

„Stopp dem transatlantischen Freihandelsabkommen (TTIP)“ – Resolution.

Für diesen Dringlichkeitsantrag liegt ein Resolutionsentwurf, gerichtet an Herrn Bundeskanzler Werner Faymann und Herrn Wirtschaftsminister Reinhold Mitterlehner vor, diesem wird seitens des Gemeinderates einstimmig die Zustimmung erteilt.

Berichte und Anträge des UGR

Der Umweltgemeinderat beantragt die Zustimmung zur Unterfertigung der im Originalwortlaut vorliegenden Resolution „Gegen den Ausbau von Atomkraftwerken und gegen die Errichtung von Atom-müllendlagern in Tschechien“.

Der Unterfertigung der Resolution wird seitens des Gemeinderates einstimmig die Zustimmung erteilt, diese wird gerichtet an das Bundeskanzleramt, das Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft sowie an das Amt der NÖ Landesregierung.

PZ.: 1573/14/Ko;

VCÖ Mobilität mit Zukunft – Resolutionsantrag „Mehr Öffentlicher Verkehr mit hoher Qualität“ – diesem wird seitens des Gemeinderates einstimmig zugestimmt, der Antrag richtet sich an die Bundesministerin für Verkehr, Technologie und Innovation und an den Bundesminister für Finanzen.

Abschließend seiner Berichterstattung teilt der Umweltgemeinderat mit, dass der Klimabündnisbeitritt bereits übermittelt wurde und eine Auftaktbesprechung zur weiteren Umsetzung Anfang Juli 2014 stattfinden wird.

Schriftführer:

Bürgermeister:

Für den SPÖ-Klub:

Für den ÖVP-Klub:

Für den FPÖ-Klub:

Die Grünen:

Je eine Ausfertigung erhalten:

1. SPÖ-Klub
2. ÖVP-Klub
3. FPÖ-Klub
4. Die Grünen
5. Stadtamt – Verwaltung (Rundlauf)
6. Versorgungsbetrieb